

INDONESIEN

BRITTA GUTSCHMIDT

Mai 2009

www.kas.dewww.kas.de/indonesien

Indonesien hat gewählt: Partei Demokrat mit starkem Stimmenzuwachs vor etablierten Parteien

Die national-liberale Demokratische Partei (Partei Demokrat, PD) von Präsident Susilo Bambang Yudhoyono ist nach Stand der Auszählung mit 20,2% als stärkste Partei aus den indonesischen Parlamentswahlen am 9. April 2009 hervorgegangen. Verglichen mit 2004 konnte die PD ihren Stimmenanteil damit fast verdreifachen. Die bei den letzten Wahlen noch führende Golkar-Partei von Vize-Präsident Jusuf Kalla brach stark auf 14,9% ein und erzielte nur noch das drittbeste Ergebnis. Auch die 2004 zweitplatzierte PDI-P von Ex-Präsidentin Megawati Sukarnoputri büßte Stimmen ein, wurde nach dem derzeitigen Ergebnis aber mit 15,0% erneut knapp zweitstärkste Partei. Der Stimmenanteil islamischer Parteien ging von insgesamt 37,4% auf 27,3% zurück. Trotzdem werden sie eine wichtige Rolle bei der Regierungsbildung spielen.

Der Wahlkampf war vor allem durch Personen und die am 8. Juli 2009 stattfindenden Präsidentschaftswahlen geprägt. Grund hierfür ist, dass alle Parteien und Parteienkoalitionen für die Nominierung eines Präsidentschaftskandidaten nach dem neuen Wahlgesetz mindestens 25% der gültigen Stimmen oder 20% der Parlamentssitze benötigen. Sachthemen wie die Folgen der globalen Finanzkrise traten dagegen oft in den Hintergrund.

Behindert wurde die relativ friedlich verlaufene Wahl durch organisatorische und logistische Probleme: In einigen Bezirken wurden falsche Wahlzettel geliefert, so dass dort nur die Parteien, nicht jedoch einzelne Kandidaten gewählt werden konnten. Mehr als 10 Millionen Wahlberechtigte konnten zudem ihre Stimme nicht abgeben, da sie nicht in den Wähler-

listen registriert waren. Mehrere Parteien haben daher bereits angekündigt, das für den 9. Mai 2009 angekündigte Wahlergebnis anfechten zu wollen.

Das politische System der Reform-Ära

Nach dem erzwungenen Rücktritt von Präsident Suharto 1998 und dem Ende von 33 Jahren Diktatur hat die Republik Indonesien in den letzten elf Jahren einen erstaunlichen Wandel hin zu einem pluralistischen Mehrparteiendemokratie vollzogen. Mit der nach 1999 und 2004 dritten erfolgreich durchgeführten demokratischen Wahl nach Beginn der Reform-Ära gilt das politische System nunmehr als gefestigt. In keinem anderen Staat Südostasiens sind Pressefreiheit und Zivilgesellschaft zudem so weit entwickelt wie im Vielvölkerstaat Indonesien mit seinen über 17.500 Inseln und mehr als 300 verschiedenen Ethnien.

Das politische System Indonesiens entspricht im Wesentlichen dem einer Präsidialrepublik in der- ähnlich den USA - Präsident und Vizepräsident seit 2004 als Team direkt vom Volk gewählt werden. Der Präsident bestimmt dann nach eigenem Ermessen die Zusammensetzung seines Kabinetts. Trotz dieser starken Stellung des Präsidenten als Staats- und Regierungschef benötigt er für Gesetzesvorhaben jedoch die Zustimmung des Nationalparlaments (Dewan Perwakilan Rakyat, DPR-RI), so dass der Amtsinhaber bemüht sei muss, eine möglichst breite Parteienkoalition hinter sich zu versammeln, um seine Politik durchsetzen zu können.

Für die Wahl der Parlamentsabgeordneten sieht das neue Wahlgesetz ein Verhältnis-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

INDONESIEN

BRITTA GUTSCHMIDT

Mai 2009

www.kas.de

www.kas.de/indonesien

wahlsystem vor, in dem die Parteien in jedem der 77 Wahlkreise eine Liste mit Kandidaten zur Abstimmung stellen. Anders als in Deutschland können die Wähler mit ihrer Stimme jedoch einzelne Kandidaten auf diesen Parteienliste gezielt „nach vorne“ wählen. Es gibt zudem keine Direktwahl in dem Sinne, dass der Kandidat mit den meisten Stimmen in einem Wahlbezirk automatisch in das Nationalparlament einzieht. Scheitert seine Partei an der 2008 neu eingeführten 2,5%-Hürde, so gilt auch der eigentlich siegreiche Kandidat als nicht gewählt.

In logistischer und organisatorischer Hinsicht stand die mit der Durchführung der Abstimmung betraute Wahlkommission (Komisi Pemilihan Umum, KPU) vor einer nach deutschen Maßstäben gigantischen Herausforderung: Mehr als 171 Millionen Wähler waren aufgerufen, die 560 Sitze im Nationalparlament neu zu vergeben. Insgesamt bewarben sich mehr als 12.000 Kandidaten um den Einzug ins DPR-RI.

Da zugleich auch Neuwahlen zur Regionenkammer mit 128 Sitzen, den 33 Provinzvertretungen sowie den 349 Distrikts- und 91 Stadtparlamenten stattfanden, standen insgesamt fast 1,6 Millionen Kandidaten von 38 nationalen sowie in der Provinz Aceh zusätzlich von sechs regionalen Parteien für 15.983 politische Mandate zur Wahl.

Klarer Sieg der Demokratischen Partei – etablierte Golkar und PDI-P verlieren

Bereits in der zweiten Jahreshälfte 2008 zeichnete sich in den Umfragen ein deutlicher Vorsprung der PD von Präsident Susilo Bambang Yudhoyono ab, obwohl die erst 2001 gegründete Partei bei den letzten Parlamentswahlen 2004 nur 7,5% erzielt hatte. Golkar, die Partei des Anfang 2008 verstorbenen Diktators Suharto, und die nationalistische PDI-P von Megawati Sukarnoputri, der ehemaligen Präsidentin und Tochter des Staatsgründers Sukarno, die in den letzten beiden Parlamentswahlen noch weit vor den anderen Parteien lagen, lieferten sich in den meisten Umfragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen um den zweiten Platz.

„Golkar und PDI-P können nicht mehr länger als die einzigen Parteien betrachtet

werden, die eine Wahl gewinnen können, denn nun müssen wir auch die Demokratische Partei berücksichtigen“, kommentierte Saiful Mujani, geschäftsführender Direktor des Indonesian Survey Instituts (LSI), den sich ankündigenden Wandel in der indonesischen Parteienlandschaft¹.

Tatsächlich konnte die PD ihr Wahlergebnis nach Umfragen und dem bisherigen Stand der Auszählungen gegenüber 2004 von 7,5% auf 20,2% fast verdreifachen. Die Golkar wurde mit dramatischen Einbußen von 7 Prozentpunkten knapp drittstärkste Partei hinter der PDI-P, die rund ein Fünftel ihrer Wähler verlor und 15,0% erzielte. Insgesamt schafften neun Parteien den Sprung über die neue 2,5%-Hürde und damit den Einzug ins Nationalparlament:

Ergebnisse der Parlamentswahlen (nach Auszählung von 80,2 Mio. Stimmen)

| | 2009 | 2004 | 1999 |
|----------|-------|-------|-------|
| PD | 20,2% | 7,5% | --- |
| PDI-P | 15,0% | 18,5% | 33,8% |
| Golkar | 14,9% | 21,6% | 22,5% |
| PKS | 8,0% | 7,3% | 1,4%* |
| PAN | 6,1% | 6,4% | 7,1% |
| PPP | 5,6% | 8,1% | 10,7% |
| PKB | 4,6% | 10,6% | 12,6% |
| Gerindra | 4,4% | --- | --- |
| Hanura | 3,7% | --- | --- |

* Damals noch Gerechtigkeits-Partei (PK)

Ein Grund für die starken Verschiebungen in der Wählergunst ist, dass die Parteibindung der Indonesier relativ gering ist. Auch sind viele Leute enttäuscht von den etablierten Parteien, wovon vor allem die *Newcomer* PD, Gerindra und Hanura profitierten. Hinzu kommt, dass die meisten Parteien weniger auf einer gemeinsamen ideologischen Basis beruhen, sondern vor allem als politisches Vehikel einzelner Politiker dienen. Der Anteil der Wechselwähler ist in Indonesien nach Angaben von LSI aus diesem Grunde mit 45% vergleichsweise hoch. Die Wahlbeteiligung 2009 lag jedoch auch trotz der großen Entfernungen, die viele Wähler zur Stimmabgabe zurücklegen müssen, bei etwa 72%.

INDONESIEN

BRITTA GUTSCHMIDT

Mai 2009

www.kas.dewww.kas.de/indonesien**Werbeschlacht trotz Finanzkrise**

Mit Beginn der offiziellen Wahlkampfphase am 12. Juli 2008 haben die Parteien einen intensiven Medien-Wahlkampf gestartet, der sich neben Unmengen von Wahlplakaten zunehmend auf das Fernsehen konzentriert hat. „Politische Parteien dienen nicht mehr länger als hauptsächlicher Kanal zur Verbreitung von Informationen. Diese Position ist vom Fernsehen übernommen worden“ kommentierte Dodi Ambardi, Senior Researcher des LSI, diese Entwicklung. Daneben hat auch der Versand von SMS als billige Form der Wahlwerbung an Bedeutung gewonnen. Dagegen schöpfen laut ISCEL nur drei Parteien – darunter die siegreiche PD – das volle Potential des Internets für ihren Wahlkampf aus, obwohl es in Indonesien bereits 25 Millionen Internetnutzer gibt. Genaue Zahlen zu den Werbeeinsatz der einzelnen Parteien sind noch nicht bekannt, da diese ihre Wahlkampfbudgets gerade erst zur Prüfung eingereicht haben.

Die globale Finanzkrise hat jedoch auch das Wahlkampfbudget der Parteien geschmälert, da sich die Spender zurückhalten. Zudem haben einige Parteien beträchtliche Teile ihres Vermögens durch Aktienanlagen verloren. Auch die Privatvermögen vieler Kandidaten, die ihren Wahlkampf meist komplett aus eigener Tasche bezahlen müssen, sind vom Verfall der Börsenkurse betroffen. Es gibt daher Kandidaten, die zur Finanzierung ihres Wahlkampfs ihr Eigentum verkauft und sich hoch verschuldet haben.

Siti Zuhuro vom Indonesian Institute of Science (LIPI) vermutete daher vor der Wahl, dass dieses Mal besonders viele illegale Parteispenden fließen werden, mit denen sich Geschäftsleute hilfreiche politische Verbindungen erkaufen oder sich vor der Justiz schützen wollen: „Die politischen Parteien werden alle Gelder nehmen, die ihnen gegeben werden. Diese Geschäftsleute geben Bargeld in Koffern statt das Geld über die Banken zu transferieren. Auf diesem Weg können sie ihre Spuren verwischen und die Parteien vermeiden eine Anklage wegen Verstoßes gegen das Wahlgesetz.“ Das Indonesian Forum for Budget Transparency (Fitra) geht davon aus, dass auch Gelder vor allem aus den Budgets der Distrikts-

und Regionalverwaltungen illegal in den Wahlkampf umgeleitet werden.

Die bisher der Wahlkommission (KPU) von den Parteien gemeldeten Kampagnenbudgets von bis zu 1 Mio. Euro (Gerindra) reichen jedenfalls nicht aus, um die vermuteten Wahlkampfkosten zu decken. Die meisten Parteien sind zudem die von der KPU verlangten Angaben zu Herkunft und Höhe der Spenden bisher schuldig geblieben und haben nur die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestangaben zum Stand ihrer Wahlkampfkosten gemacht.

Personenwahlkampf im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen

Sachthemen spielten im Wahlkampf eher eine Nebenrolle. Im Zentrum der Diskussionen standen stattdessen die möglichen Koalitionen und Kandidaten für die am 8. Juli 2009 stattfindende Präsidentschaftswahl. Grund hierfür ist Art. 9 des im letzten Jahr verabschiedeten Präsidentschaftswahlgesetzes, wonach solche nur Parteien oder Parteienkoalitionen einen Kandidaten nominieren dürfen, die in den Parlamentswahlen mindestens 25% der gültigen Stimmen oder 20% der Mandate errungen haben.

„99 Prozent aller politischen Diskussionen heute dreht sich um die Frage, wer nun wessen Vize-Präsidentschaftskandidat wird. Alles dreht sich darum, welche Koalitionen benötigt werden, um zu gewinnen, es gibt nichts über wirkliche Politik“, bemerkte der australische Indonesien-Kenner Max Lane.

Von dieser engen Verbindung zwischen Parlaments- und Präsidentschaftswahl hat vor allem die PD profitiert, da ihr Gründer SBY, wie der amtierende Präsident Yudhoyono in Indonesien auch häufig genannt wird, aufgrund seiner exzellenten Umfragewerte frühzeitig als Kandidat feststand. Nach Aussage von Saiful Mudjani verdankt die PD den Anstieg ihrer Popularität nämlich vor allem der im letzten halben Jahr stark wachsenden Zustimmungsraten des Präsidenten von 45% im Juni auf 62% im November 2008. Parallel dazu zogen auch die Umfragewerte der völlig auf die Person SBY zugeschnittenen PD um 8 Prozentpunkte an: „Das Image der Partei, ihre Führung, die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

INDONESIEN

BRITTA GUTSCHMIDT

Mai 2009

www.kas.de

www.kas.de/indonesien

Politik der Regierung und eine massive Medientankampagne haben signifikanten Anteil an der Popularität der Partei“.

Ein wesentlicher Faktor war auch das Image des Präsidenten als Vorkämpfer gegen die grassierende Korruption: „SBYs Erklärung, das der Schwiegervater seines Sohns, Aulia Pohan, einer der Verdächtigen im [Bank Indonesia, BG] Bestechungsskandal ist und seine kürzliche Entscheidung, die Benzinpreise zu senken, sind die Hauptfaktoren für seine zunehmende Popularität“, erklärte Hasan Nasabi, Research Manager der Cirus Surveyors Group. „Die Festnahme von Aulia durch die Anti-Korruptions-Kommission hat auch die Popularität von SBY's Demokratischer Partei verbessert“.

***Ibu Mega* hat ihre letzte Chance auf ein politisches Comeback verspielt**

Auch die nationalistische PDI-P, die sich 1998 von der PDI – neben Golkar und PPP die dritte unter dem Suharto-Regime zugelassene Partei – abgespalten hat, bekam die enge Verzahnung von Parlaments- und Präsidentenwahlen zu spüren – allerdings in negativer Hinsicht. Denn ebenso wie die PD ist auch die PDI-P auf ihre Vorsitzende und wahrscheinliche Präsidentschaftskandidatin Megawati Sukarnoputri zugeschnitten, die Tochter des Staatsgründers Sukarno. Die Amtszeit von *Ibu Mega*, wie Megawati auch genannt wird, als indonesische Präsidentin (2001 – 2004) war für ihre Anhänger, die auf grundlegende Reformen gehofft hatten, jedoch eine herbe Enttäuschung. Auch in ihrer Rolle als Oppositionsführerin konnte *Ibu Mega* den Wählern in den vergangenen fünf Jahren keine wirklichen Alternativen zur Politik der Regierung von SBY aufzeigen. In der Folge ist die PDI-P seit ihrem Wahlsieg 1999 mit 33,8% zunächst 2004 auf 18,5% und nun auf 15,0% abgerutscht.

Golkar durch taktische Fehler und interne Zerwürfnisse geschwächt

Die bereits 1964 auf Betreiben von General Suharto gegründete Golkar ist aufgrund ihrer Vergangenheit als politisches Vehikel des Diktators noch immer die mit 3,5 Mio. Mitgliedern größte und auch organisatorisch

am breitesten aufgestellte der indonesischen Parteien. Trotz einiger Reformansätze ist es der Partei jedoch noch nicht gelungen, sich von ihrer früheren Rolle als staatstragende Organisation zu lösen.

Diese grundsätzlichen Schwächen Golkar wurden im Wahlkampf noch durch das zögerliche Vorgehen des Parteivorsitzenden, Vize-Präsident Jusuf Kalla, verstärkt. Da Präsident Yudhoyono aus wahltaktischen Gründen nicht zu einem klaren Bekenntnis hinsichtlich einer erneuten Zusammenarbeit mit Golkar und Kalla bereit war, versuchte der Vize-Präsident, entgegen den Erwartungen der Öffentlichkeit, die Benennung des Präsidentschaftskandidaten der Golkar bis nach den Parlamentswahlen zu verschieben. So versuchte Kalla dem Dilemma zu entgehen, dass alle Umfragen zwar für die auch von ihm favorisierte Lösung einer erneuten Kandidatur als Vizepräsident an der Seite von SBY sprachen, viele Parteifunktionäre jedoch mit Blick auf die gewonnene Wahl 2004 darauf bestehen würden, dass Golkar einen eigenen Kandidaten für das höchste Staatsamt nominieren.

Diese bereits seit Mitte 2008 absehbare Konstellation nutzten einige Gruppen und Personen innerhalb der Golkar, um in der Öffentlichkeit alternative Kandidaten für das Amt des Präsidenten ins Spiel zu bringen. Zu den innerparteilichen Konkurrenten Kallas gehörten vor allem der frühere Golkar-Vorsitzende Akbar Tanjung sowie der Sultan und Gouverneur von Yogyakarta, Hamengku Buwono X.. Letzterer warb sogar bereits offen um die Unterstützung anderer Parteien. Kalla blieb so schließlich keine andere Wahl mehr, als am 17. Februar 2009 zumindest seine Bereitschaft zu einer Kandidatur als Präsident zu erklären. Die durch sein langes Zögern öffentlich gewordenen Zerwürfnisse innerhalb der Golkar haben die Partei jedoch nach Meinung von Analysten viele Stimmen gekostet.

Zudem trugen nach Ansicht von Umar S. Bakkry, Direktor des Nationalen Umfrageinstituts (LSN), auch der im Vergleich zu anderen Parteien späte Start der Golkar-Kampagne im Januar 2009 und die schlechten Umfragewerte des Vize-Präsidenten zum Absturz der Partei von 21,6% auf 14,9% bei: „Anstatt Yudhoyonos Popularität zu

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

INDONESIEN

BRITTA GUTSCHMIDT

Mai 2009

www.kas.de

www.kas.de/indonesien

schaden, hat die vermeintliche Schwäche der Wirtschaft die Popularität von Kalla und der Golkar-Partei beschädigt.“

Ehemalige Generäle profitieren von der Unzufriedenheit vieler Wähler

Die Schwäche der etablierten Parteien PDI-P und Golkar sowie die Unzufriedenheit vieler Wähler nutzten neben PD vor allem zwei neue nationalistische Parteien: Der Partei des Volksgewissens (Hanura) und der Partei Bewegung Groß-Indonesien (Gerindra).

Hanura wurde Ende 2006 von General Wiranto, dem erfolglosen Präsidentschaftskandidaten der Golkar von 2004, als Reaktion auf die mangelnde Unterstützung durch seine Partei im Wahlkampf gegründet.

Dem ehemaligen Chef der indonesischen Armee wird von den Vereinten Nationen und Menschenrechtsorganisationen vorgeworfen, 1999 für die Vertreibung von 150.000 Flüchtlingen aus Osttimor und den Tod Tausender Menschen verantwortlich gewesen zu sein. Indonesien hat jedoch bisher Wirantos Auslieferung an Ost-Timor verweigert, wo dieser seit 2004 per Haftbefehl gesucht wird, so dass der ehemalige General bisher nicht rechtskräftig verurteilt wurde. Nach Hochrechnungen erreichte Hanura daher immerhin 3,7% der Stimmen.

Die erst im Februar 2008 gegründete Gerindra ist ebenfalls das politische Vehikel eines ehemaligen Generals aus der Suharto-Ära. Prabowo Subianto, der durch die Heirat mit einer Tochter des ehemaligen Diktators enge Verbindungen zum noch immer sehr einflussreichen und vermögenden Suharto-Clan unterhält und lange zum Führungszirkel der Golkar zählte, wechselte Mitte 2008 als Präsidentschaftskandidat zu Gerindra, da in seiner alten Partei keine Chancen auf eine Nominierung hatte.

Wie Wiranto wird auch Prabowo beschuldigt, als Anführer der Spezialeinheit *Kopassus* in die Ermordung und Folterung von Anhängern der ost-timoresischen Unabhängigkeitsbewegung verwickelt gewesen zu sein. Zudem wurde er 1999 von einem indonesischen Ehren-Gericht wegen der Verschleppung, Folterung und Ermordung von Regimegegnern in den letzten Jahren der Su-

harto-Ära für schuldig befunden, ohne jedoch zu einer Haftstrafe verurteilt worden zu sein. Daher ist Prabowo – auch mit Unterstützung seines früheren Militärkameraden Präsidenten SBY – seit 2000 ein erfolgreiches politisches Comeback gelungen. Zudem war der Wahlkampf der Gerindra besonders drauf ausgerichtet, die Stimmen der „kleinen Leute“ zu gewinnen, die sich wenig für derartige Themen interessieren. Ihr gutes Wahlergebnis von 4,4% verdankt die Gerindra auch ihrer ausgefeilten TV-Kampagne, die nach Auskunft von AC Nielsen allein zwischen Juli und Oktober 2008 über 530.000 Euro kostete – eine für indonesische Verhältnisse immense Summe.

Gemäßigt-islamische Parteien in sich zerstritten und zersplittert

Der Stimmenanteil der Parteien mit islamischem Hintergrund ist nach Hochrechnungen gegenüber 2004 von insgesamt 37,4% auf 29,3% zurückgegangen. Nur die islamistische PKS konnte ihr Ergebnis gegenüber 2004 leicht von 7,3% auf 8,2% verbessern. Die moderate PPP sowie die den beiden islamischen Massenorganisationen, Muhammadiyah und Nahdlatul Ulama (NU), nahestehenden Parteien PAN und PKB mussten dagegen Einbußen hinnehmen.

Insbesondere die 1998 von Altpräsident Abdurrahman Wahid (1999-2001) gegründete PKB brach von 10,6% auf 5,1% ein. Grund hierfür waren vor allem die seit Jahren anhaltenden Machtkämpfe innerhalb der Parteispitze, an deren Ende Abdurrahman Wahid Mitte 2008 vor Gericht die Führung der PKB an seinen Neffen Muhaimin Iskander verlor und sich die Partei in zwei Lager spaltete. Wahid nutzte daraufhin seinen noch immer hohen Bekanntheitsgrad, um zum Wahlboykott aufzurufen und eine Kampagne gegen seine frühere Partei zu führen.

Die der Muhammadiyah nahestehende PAN unter ihrem Vorsitzenden Sutrisno Bachir hat sich in den letzten Jahren relativ erfolgreich einem größeren Wählerkreis geöffnet. Dennoch ist die Partei weiter von der Unterstützung der mit etwa 30 Mio. Mitgliedern zweitgrößten Muslim-Organisation Indonesiens abhängig. Die Gründung einer weite-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

INDONESIEN

BRITTA GUTSCHMIDT

Mai 2009

www.kas.de

www.kas.de/indonesien

ren Partei durch einflussreiche Muhamadiyah-Mitglieder hat der PAN jedoch weniger geschadet, als zunächst erwartet. Sie konnte ihr Wahlergebnis mit 6,1% fast halten.

Auch die 1973 gegründete PPP, unter dem Suharto-Regime die Sammlungspartei der gläubigen Muslime, litt im Wahlkampf unter internen Querelen und der Abspaltung der PBR (früher PPPR) in Jahr 2002. Zudem bekam auch sie die Enttäuschung der Wähler über die etablierten Parteien zu spüren. Die PPP konnte daher ein erneutes Absinken in der Wählergunst nicht verhindern und verlor gegenüber ihrem Ergebnis von 2004 nochmals 2,5%. Damit kommt die PPP nach den Hochrechnungen nur noch auf 5,6%.

Islamisten haben sich verspekuliert

Die islamistische Partei für Wohlstand und Gerechtigkeit (PKS), die 2002 aus der 1998 gegründeten Gerechtigkeitspartei hervorging, hat ihre ideologischen Wurzeln in der fundamentalistischen Muslim-Bruderschaft, welche 1929 von dem ägyptischen Reformler Hasan Al-Banna als islamische Erneuerungsbewegung gegründet wurde. Um sich im pluralistischen Parteienspektrum der Post-Suharto-Ära zu etablieren, rückte die Parteispitze in den letzten Jahren jedoch in der Öffentlichkeit von ihren früheren Forderungen nach Einführung der *Shari'a* oder der Errichtung der islamischen Republik Indonesien ab. Durch solide Basisarbeit hat sich die streng konservativ-islamisch auftretende PKS mit ihren etwa 800.000 straff organisierten Funktionären zudem einen Namen als Kämpferin gegen allgegenwärtige Korruption und für die Bewahrung der öffentlichen Moral und Ordnung gemacht.

In den letzten beiden Jahren waren jedoch auch PKS-Vertreter in Korruptionsskandale verwickelt, wodurch das saubere Image der Partei zunehmend Risse bekommen hat. In der Folge ist es der PD gelungen, der PKS in den Augen der Wähler den Rang als führende Anti-Korruptions-Partei abzulaufen. „Die [Demokratische, BG] Partei hat ihr Image verbessert, so dass sie nun die Liste der am wenigsten korrupten Parteien anführt und sich sogar an der PKS vorbeischieben konnte“, erklärte Saiful Mujani, geschäftsführender Direktor von LSI.

Ein grundlegendes Problem der PKS besteht zudem darin, dass sich Religiosität in Indonesien nicht direkt in Wählerstimmen übersetzen lässt. Trotz des wachsenden Einflusses eines konservativen Islams nahöstlicher Prägung liegt das Gesamtpotential radikal-islamistischer Wähler in Indonesien nach einer Untersuchung von Greg Barton, der als Professor an der Monash-Universität im australischen Melbourne lehrt, derzeit bei nur 14%. Der Grund hierfür ist, dass die allermeisten muslimischen Wähler religiösen Führern und Organisationen nicht automatisch auch politische Kompetenz zubilligen. „Sie fragen noch immer, was für neue Dinge diese Parteien der Nation geben können, und sie sind sich unsicher, ob auf Religionen basierende Parteien irgendetwas besser machen können als andere Parteien“, erklärte Masdar F. Mas'udi, stellvertretender Vorsitzender der Nahdlatul Ulama (NU), der mit etwa 40 Mio. Mitgliedern weltweit größten muslimischen Massenorganisation.

Um ihr Wählerspektrum zu erweitern hat die Parteiführung der PKS ihren Wahlkampf daher vor allem auf Wähler aus der politischen Mitte und dem nationalistischen Lager ausgerichtet. Diese Taktik der PKS erwies sich jedoch als weniger erfolgreich, da sie hierdurch ihre Stammwähler vor den Kopf stieß. Zudem haben auch die anderen Parteien das wachsende Potential der konservativ-muslimischen Wähler längst erkannt und im Wahlkampf gezielt die religiöse Karte gespielt. Ein Beispiel hierfür ist das Ende Oktober 2008 vom indonesischen Parlament verabschiedete Anti-Pornografie-Gesetz, gegen das zahllose Frauen- und Menschenrechtsgruppen Sturm gelaufen waren². Außer der PDI-P boykottierte nur die kleine und einzige christliche Partei PDS, die diesmal den Einzug ins Parlament aufgrund der neuen 2,5%-Hürde mit nur 1,16% deutlich verfehlte, die Abstimmung im Parlament; alle anderen Parteien stimmten dem Gesetzentwurf geschlossen zu.

Um ihr Wählerspektrum zu erweitern hat die Parteiführung der PKS ihren Wahlkampf daher vor allem auf Wähler aus der politischen Mitte und dem nationalistischen Lager ausgerichtet. Diese Taktik der PKS erwies sich jedoch als weniger erfolgreich, da sie hierdurch ihre Stammwähler vor den Kopf stieß. Zudem haben auch die anderen Parteien das wachsende Potential der konservativ-muslimischen Wähler längst erkannt und im Wahlkampf gezielt die religiöse Karte gespielt. Ein Beispiel hierfür ist das Ende Oktober 2008 vom indonesischen Parlament verabschiedete Anti-Pornografie-Gesetz, gegen das zahllose Frauen- und Menschenrechtsgruppen Sturm gelaufen waren². Außer der PDI-P boykottierte nur die kleine und einzige christliche Partei PDS, die diesmal den Einzug ins Parlament aufgrund der neuen 2,5%-Hürde mit nur 1,16% deutlich verfehlte, die Abstimmung im Parlament; alle anderen Parteien stimmten dem Gesetzentwurf geschlossen zu.

INDONESIEN

BRITTA GUTSCHMIDT

Mai 2009

www.kas.dewww.kas.de/indonesien**Probleme des Direktwahlsystems**

Eine bedeutende Änderung gegenüber der letzten Parlamentswahl 2004 bestand darin, dass nach einem Urteil des Verfassungsgerichts vom 23. Dezember 2008 Art. 214 des Wahlgesetzes für ungültig erklärt wurde. Diese Klausel hatte es den Parteien bisher erlaubt, die Reihenfolge ihrer Kandidaten auf dem Wahlzettel nach eigenem Gutdünken festzulegen. Die von der jeweiligen Partei aufgrund ihres Stimmenanteils in einem Wahlbezirk errungenen Sitze wurden dann nach der Wahl in dieser Abfolge an die Kandidaten verteilt. Die oberen Listenplätze waren daher innerhalb der Parteien stets hart umkämpft. Auf diese Weise stellte Parteien sicher, dass einflussreichen Mitgliedern der Einzug ins Parlament garantiert war, ohne sich mit einem aufwändigen Wahlkampf belasten zu müssen. Kandidaten auf unteren Listenplätzen hatten praktisch nur dann eine Chance, wenn es ihnen gelang, 30% der gültigen Stimmen zu erringen und dadurch direkt ein Mandat zu erhalten. Dies gelang 2004 nur vier von 550 Abgeordneten.

Viele Kommentatoren lobten die Entscheidung des Verfassungsgerichts daher als wichtigen Schritt für mehr Demokratie. „Das System ist gut für unsere Wahl, da es die Kandidaten nötigt, tief in ihrem Wahlbezirk verwurzelt und unter den Wählern bekannt zu sein“, stellte zum Beispiel Muhammad Qodari vom Meinungsforschungsinstitut Indo Barometer fest.

Auch einige Parteien begrüßten das Urteil. Dabei handelte es sich vor allem um Golkar, die PD und die PAN, die bereits im Sommer interne Regelungen für ein solches offenes Listensystem getroffen hatten, um ihre Attraktivität für die Wähler zu erhöhen.

Das neue Direktwahlsystem hat jedoch auch Nachteile. So hat der Bekanntheitsgrad des Namens des Kandidaten stark an Bedeutung für den individuellen Wahlerfolg gewonnen: „Das wichtigste bei einer so kurzen Kampagnenphase ist, dass sich die Leute meinen Namen und auch mein Gesicht für die Stimmabgabe merken“, erklärte der PDI-P-Abgeordnete Ganjar Ranowo seine veränderte Wahlkampfstrategie. Politische Inhalte treten seiner Ansicht nach dagegen in den

Hintergrund: „Ich würde jetzt zum Beispiel zu Frau Kartinah nicht sagen, dass sie mich wählen muss, weil ich mehrere Programme habe, von denen eine bäuerliche Gesellschaft langfristig profitieren würde“. Von dieser Entwicklung haben speziell auch prominente Kandidaten – Sänger, Schauspieler und die Kinder bekannter Politiker – profitiert. So haben die Tochter von Megawati Sukarnoputri und der Sohn von Präsidenten Yudhoyono voraussichtlich den Einzug ins Parlament geschafft. Die Schauspielerin Rieke Dyah Pitaloka hat sogar den Politprofi und Ehemann von *Ibu Mega*, Taufik Kiemas, mit 427.000 zu 261.000 Stimmen aus dem Rennen geworfen.

Eine eindeutig negative Auswirkung der Direktwahl war, dass die zwar offiziell verbotene, aber dennoch weit verbreitete Praxis des Stimmenkaufs durch „Wahlgeschenke“ in Form von T-Shirt, Lebensmitteln und kleinen Geldbeträgen durch den höheren Konkurrenzdruck weiter angeheizt wurde. „Offen gesagt, bin ich besorgt, denn in so einer Stimmung werden die Leute nur die Kandidaten wählen, die ihnen Geld geben, unabhängig davon, wie fähig sie sind“, kritisierte Rubiyanto Misman, ehemaliger Rektor der Jendral Soedirman Universität in Purwokerto, Zentral-Java. „Laufend fragen mich Wähler, was ich ihnen geben und was ich ihnen bezahlen kann“, kritisierte die PPP-Abgeordnete Lena Maryana Mukti. „Ich denke, die größte Herausforderung für die Kandidaten besteht nun darin, den Wählern beizubringen, dass es bei der Wahl nicht um Mandate geht, sondern darum, dass die richtigen Kandidaten gewählt werden, die im Parlament für ihre politischen Überzeugungen kämpfen.“

Bisher ungelöst ist das Problem des Fehlens von sicheren Direktmandaten. Erzielt nun der Kandidat einer kleinen Partei in seinem Wahlbezirk die meisten Stimmen, werden diese Einzelstimmen dem Gesamtergebnis seiner Partei hinzugerechnet. Reicht dies jedoch nicht, um die Partei auf über 2,5% zu bringen, tritt das Problem auf, dass der eigentliche Wahlsieger nicht ins Parlament einzieht. Da die Mandate eines Wahlbezirks zudem nach dem jeweiligen Stimmenanteil der Parteien vergeben werden, kann es zu-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

INDONESIEN

BRITTA GUTSCHMIDT

Mai 2009

www.kas.de

www.kas.de/indonesien

dem passieren, dass Kandidaten großer Partei einen Sitz erhalten, obwohl sie weit weniger Stimmen erzielt haben als die stärksten Bewerber kleiner Parteien.

Weibliche Kandidaten benachteiligt

Es wird zudem erwartet, dass sich das neue Direktwahlsystem negativ auf den ohnehin niedrigen Anteil weiblicher Abgeordneter im Parlament von 11,8% auswirken wird. Denn durch die direkte Konkurrenz der Kandidaten einer Partei untereinander wird die im Wahlgesetz vorgesehene Frauen-Quote von 30% für die Aufstellung der Kandidatenlisten faktisch bedeutungslos.

„Das Urteil des Verfassungsgerichts ist den Frauen gegenüber nicht fair, denn wenn Kandidaten nur anhand der von ihnen erzielten Stimmen gewählt werden, wird es die Möglichkeiten weiblicher Kandidaten zur Teilnahme an Parlamentswahlen aufgrund der stark patriarchalischen Kultur der indonesischen Gesellschaft allgemein und speziell der Parteien noch weiter einschränken“, kritisierte die Generalsekretärin der Indonesischen Frauenkoalition, Masruchah. Nach Ansicht von Hadar N. Gumay vom Center for Electoral Reform (Cetro) spielt auch die Religion eine große Rolle: „Indonesien ist eine von Männern dominierte Gesellschaft und eine Menge Dinge, einschließlich der Politik, werden auf muslimische Art geregelt. Eine Menge muslimische Parteien und religiöse Führer sagen, dass es sich für eine Frau nicht schickt, das Land zu regieren und das ein von Frauen regiertes Land zugrunde gehen wird.“ Hinzu kommt, dass weibliche Kandidaten meist über weniger Erfahrung und Geld für ihren Wahlkampf verfügen.

Schon vor dem Urteil des Verfassungsgerichts hatten viele Parteien versucht, die Frauenquote zu unterlaufen, indem Kandidatinnen häufig wenig aussichtsreiche Plätze am Ende der Liste erhielten. Sechs Parteien – darunter PAN, PPP und Gerindra – verfehlten die 30% sogar knapp, ohne deshalb mit Sanktionen rechnen zu müssen, da dies im Wahlgesetz nicht vorgesehen ist. Hadar N. Gumay vom Center for Electoral Reform (Cetro) kommt daher zu dem Urteil, dass „die Parteien, die das Wahlgesetz ver-

abschiedet haben, die Öffentlichkeit belogen haben. Die Rekrutierung weiblicher Kandidaten ist nur ein Lippenbekenntnis, um weiblichen Wählern zu gefallen, aber tatsächlich meinen sie es mit der Förderung weiblicher Kandidaten nicht ernst“.

Massive organisatorische und logistische Probleme gefährdeten die Wahl

Das größte Problem bei den Parlamentswahlen 2009 bereiteten jedoch die Logistik und die Organisation bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl. Wie bereits oben dargestellt, stellen sowohl die Zahl von 171 Millionen Wählern als auch die Topografie des Landes in dieser Hinsicht eine immense Herausforderung dar. Im Vergleich zu früheren Wahlen auf nationaler und Provinzebene hat die aktuelle Wahlkommission (KPU) diese weit schlechter gelöst als ihre Vorgänger. So war die KPU nicht in der Lage, rechtzeitig vor dem Wahltag allen Wahllokalen die richtigen Stimmzettel zur Verfügung zu stellen und für die korrekte Registrierung der Wähler zu sorgen. Oppositionsführerin Megawati Sukarnoputri von der PDI-P bezeichnete die Wahl 2009 in einer Verlautbarung als „die schlechteste“ seit dem Übergang Indonesiens zur Demokratie vor zehn Jahren.

So veröffentlichte die KPU die vorläufige Kandidatenübersicht erst am 7. Oktober, obwohl die offizielle Nominierungsfrist bereits am 18. August 2008 abgelaufen war. Allerdings konnten die Kandidatenlisten aufgrund des zu knapp bemessenen Budgets nicht an wie üblich fünf, sondern nur einem Tag in der Zeitung sowie im Internet publiziert werden. Viele Wähler hatten daher gar keinen Zugang zu den Namen der Kandidaten, um deren Hintergründe zu prüfen und zum Beispiel Korruptionsvorwürfe öffentlich zu machen. Die endgültige Kandidatenliste erschien daher nicht wie vorgesehen am 26. September, sondern erst am 31. Oktober.

Trotzdem konnte erst am 9. Februar mit dem Druck der Wahlzettel begonnen werden, da auch die überarbeitete Kandidatenliste noch orthographische Fehler enthielt und das Vergabeverfahren für den Druck, das eigentlich im November abgeschlossen werden sollte, bis Ende Januar verschleppt

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

INDONESIEN

BRITTA GUTSCHMIDT

Mai 2009

www.kas.de

www.kas.de/indonesien

worden war. Nach Auslieferung der ersten Wahlzettel Mitte Februar mussten zudem immer wieder Tausende Exemplare wegen Druck- und Setzfehlern ausgetauscht werden. Die insgesamt benötigten 686 Millionen Stimmzettel waren daher erst am 14. März verfügbar – eine Woche nach dem bereits verschobenen Stichtag.

Am Ende erreichten trotz der riesigen Entfernung und der Unzugänglichkeit einiger Gebiete angeblich alle 528.217 Wahllokale ausreichend viele Unterlagen – manche jedoch erst am Tag der Wahl. In einigen Bezirken wurden zudem die Wahlzettel vertauscht, so dass die Wähler nicht für ihre lokalen Kandidaten stimmen konnten und die Wahlen daher entweder wiederholt oder nur die Parteistimmen gezählt wurden.

Ähnliche Probleme entstanden bei der Registrierung der Wahlberechtigten in den offiziellen Wählerlisten. Obwohl das Innenministerium den lokalen Wahlkommissionen bereits im April 2008 vorläufige Listen zur Verfügung gestellt hatte, hatten Mitte August erst ein knappes Drittel die notwendigen Überprüfungen vorgenommen. Etwa 20% der Wähler waren zu diesem Zeitpunkt daher noch nicht registriert und damit offiziell nicht wahlberechtigt. Über 92% der Wähler waren sich zudem gar nicht bewusst, dass sie nur bis zum 18. August Zeit hatten um zu prüfen, ob sich ihr Name auf der Wählerliste befand; nur 3,4% hatten diese Überprüfung auch tatsächlich vorgenommen. Die KPU verschob die für den 21. August geplante Schließung der Wählerlisten daher auf den 8. September. Die schließlich am 24. Oktober publizierte Aufstellung aller Wahlberechtigten erwies sich jedoch noch immer als grob fehlerhaft. Neben Toten und Minderjährigen fanden sich in den Listen auch Personen, die im betroffenen Wahlbezirk gänzlich unbekannt waren. In West-Papua wurde zum Beispiel festgestellt, dass 127.000 der dort registrierten Wähler überhaupt nicht existierten. Die Regierung sah sich schließlich gezwungen, per Erlass vom 26. Februar eine erneute Überarbeitung der Listen bis zum 12. März zuzulassen. Dennoch wurden nach ersten Schätzungen am 9. April zwischen 10 und 40 Millionen Wähler nicht zur Wahl zugelassen, da sie nicht korrekt registriert waren.

Ein weiteres Problem war die Unkenntnis der Wähler über den Wahlvorgang. Fast zwei Drittel waren sich im Dezember noch nicht bewusst, dass sie im Unterschied zu 2004 den Wahlzettel nicht mit einem Nagel durchstecken, sondern einen Haken hinter dem Namen des Kandidaten oder der Partei machen mussten. Weitere Testläufe Mitte Februar ergaben, dass aufgrund der sehr eng gefassten Regelung etwa 25% der Stimmen ungültig sein würden. Im Norden Jakartas belief sich der Anteil in einem Fall sogar auf 60%. Die KPU erließ daher Mitte April eine Anordnung, die auch andere Markierungen des Wahlzettels zuließ. Am 26. Februar gab die Regierung zudem einen Erlass heraus, nachdem die Wähler nun zwei statt nur einer Stimme abgeben dürfen – eine für die Partei und eine für den direkt wählenden Kandidaten. Erst das Endergebnis wird zeigen, ob diese Maßnahmen ausgereicht haben, um die mangelhafte Information der Wähler durch die KPU aufzufangen und den Anteil der ungültigen Stimmen auf das international übliche Maß von zwei bis drei Prozent zu senken. Nach Auskunft des Center for Election Reform (Cetro) liegt der Anteil der ungültigen Stimmen jedoch bisher bei fast 17%.

Die PDI-P, Gerindra und Hanura haben bereits angekündigt, die KPU und die Regierung wegen der schlechten Vorbereitung und Durchführung der Wahl zu verklagen. Einige Parteivertreter sprechen sogar von Wahlbetrug, da ihre Wähler durch bewusste Verfälschung der Wählerlisten an der Stimmabgabe gehindert worden sein sollen. „Dies könnte leicht in einem nationalen Scharmützel enden“, fürchtet Muhammad Qodari vom Meinungsforschungsinstitut Indo Barometer. „Es wird fast mit Sicherheit Anfechtungen von den Verlierern sowohl auf lokaler als auch nationaler Ebene geben. Wir werden alle zu Gericht ziehen nach diesen Wahlen. Lasst uns hoffen, dass [die Auseinandersetzung, BG] nicht auf den Straßen weitergeht.“

Einsprüche gegen die Wahl können laut Wahlgesetz bis drei Tage nach Verkündung des Endergebnisses erhoben werden, das am 9. Mai 2009 bekannt gegeben werden soll. Es zeichnet sich jedoch ab, dass die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

INDONESIEN

BRITTA GUTSCHMIDT

Mai 2009

www.kas.de

www.kas.de/indonesien

KPU auch diesen Termin aufgrund von Software- und Kommunikationsproblemen wahrscheinlich nicht einhalten können.

Koalitionsverhandlungen mit Blick auf Präsidentschaftswahlen

Was die Frage nach der künftigen Regierungskonstellation angeht, besteht auch fast vier Wochen nach der Parlamentswahl wenig Klarheit, da die Koalitionsbildungen zur Aufstellung der Kandidaten für das Amt des Präsidenten und seines Stellvertreters noch nicht abgeschlossen sind.

Derzeit strebt die PD ein breites Bündnis unter Beteiligung von PKS, PKB und PAN sowie einer Reihe nicht im Parlament veriteter Parteien für die Wiederwahl von Präsident Susilo Bambang Yudhoyono an. Alle drei kleineren Koalitionspartner versuchen derzeit, einen ihrer eigenen Parteigänger für eine Kandidatur für das Amt des Vizepräsidenten an der Seite von Präsident Yudhoyono in Stellung zu bringen. SBY selbst hat sich jedoch bisher nur sehr allgemein zu seinen Vorstellungen in Bezug auf seinen *running mate* für die Wahl am 8. Juli 2009 geäußert. Dies dürfte auch mit den noch heftiger gewordenen Zerwürfnissen in der Golkar zusammenhängen.

Die Golkar hat nach dem Abbruch erster Sondierungsgespräche mit der PD trotz des schlechten Wahlergebnisses und starker parteiinterner Widerstände Jusuf Kalla als ihren Präsidentschaftskandidaten nominiert. Durch die von dem Golkar-Vorsitzenden und seinen Unterstützern daraufhin vollzogene Benennung des Hanura-Spitzenkandidaten Wiranto als Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten ist die Partei mittlerweile praktisch in zwei Teile zerfallen. Akbar Tanjung versucht dabei als Anführer des Anti-Kalla-Lagers, die Allianz mit der PD doch noch zu retten und sich selber als *running mate* für SBY ins Spiel zu bringen. Grund der Gegner des Teams Kalla-Wiranto ist, dass die beiden nach den bisherigen Umfragen weniger Chancen auf einen Sieg haben als der amtierende Präsident – unabhängig davon, wen SBY zu seinem *running mate* erklärt. Golkar könnte somit das erste Mal seit ihrer Gründung 1964 nicht an der Regierung be-

teiligt sein. Es ist zudem nicht auszuschließen, dass Akbar Tanjung den Schachzug Jusuf Kalla im Vorfeld der Wahlen 2004 wiederholt und an der Seite von SBY gegen den offiziellen Kandidaten seiner Partei antritt.

Dritte Kandidatin für die Wahl des Präsidenten am 8. Juli 2009 ist die ehemalige Präsidentin und Vorsitzende der PDI-P, Megawati Sukarnoputri. Auch sie hat sich noch nicht für einen Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten entschieden. Wahrscheinliche Partner sind der Sultan von Yogyakarta – auch er wie Akbar Tanjung ein hochrangiges Mitglied der Golkar und zudem ein Jugendfreund von *Ibu Mega* – sowie der Spitzenkandidat der Gerindra, Prabowo Subianto. Es wird allgemein jedoch damit gerechnet, dass Megawati – egal wen sie letztendlich als Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten wählt – nicht in die Stichwahl am 9. September 2009 einziehen wird.

Im Falle eines Sieges könnten sowohl Megawati Sukarnoputri als auch Jusuf Kalla im Parlament auf die Unterstützung einer „Jumbo-Koalition“ bestehend aus Golkar, PDI-P, Gerindra, Hanura und PPP zählen. Der Koalition gehören zudem vier weitere Parteien an, die den Einzug in die DPR-RI wahrscheinlich verpasst haben.

„Tatsächlich sind sowohl die islamischen als auch die nationalistischen Parteien sehr pragmatisch. Ideologische Bedenken sind nicht länger die wichtigsten Überlegungen bei der Bildung einer Koalition. Ihr Ziel ist es, so viele Stimmen wie möglich zu erzielen, eine Regierung zu bilden und die Ministerposten zu verteilen“, konstatierte Ikrar Nusa Bhakti, politischer Analyst des Indonesian Institut of Sciences (LIPI).

¹ Alle Zitate sind entnommen aus Artikeln in Jakarta Post, Jakarta Globe und Tempo, die zwischen dem 1. August 2008 und 20. April 2009 in Indonesien erschienen sind.

² Einen ausführlichen Bericht über das Anti-Pornographie-Gesetz finden Sie auf unserer Homepage www.kas.de/indonesien.

Überblick über die indonesische Parteienlandschaft

Die indonesische Parteienlandschaft ist nur schwer nach europäischen Maßstäben zu kategorisieren. Statt zwischen rechts und links oder konservativ, liberal, ökologisch und sozialistisch, verläuft die Trennungslinie seit Anfang der *Reformasi* 1998 zwischen nationalistischen und religiösen Parteien.

Dabei haben auch die beiden großen Vertreter der *Pancasila*¹ genannten Nationaldoktrin – Golkar und PDI-P – in der Masse muslimische Wähler und Mitglieder. Beide Parteien distanzieren sich daher keinesfalls vom Islam. Anders als Golkar vermeidet die PDI-P, die viele Wähler unter den christlichen und hinduistischen Minderheiten hat, jedoch jegliche Politisierung der Religion. Bei Golkar ist diese Distanzierung weniger deutlich, da es in der Partei einen starken islamisch-konservativen Flügel gibt. Golkar kann daher auch eher Koalitionen mit islamischen Parteien eingehen als PDI-P.

Partai Demokrat (PD)

Demokratische Partei

Die PD wurde am 10. September 2001 auf Initiative des ehemaligen Generals Susilo Bambang Yuhoyono gegründet, der damals im Kabinett Megawatis als Sicherheitsminister fungierte, um ihm als politisches Vehikel für den Wahlkampf 2004 zu dienen.

Die PD erreichte bei den Parlamentswahlen 2004 überraschend 7,5% der Stimmen und sicherte Yudhoyono zumindest einen kleinen Rückhalt im Parlament. Mit der Unterstützung mehrerer kleiner Parteien (PBB, PKS, PKP) konnte SBY schließlich die Präsidentschaftswahl für sich zu entscheiden. Später gelang es ihm mit der Unterstützung von Jusuf Kalla, auch Golkar in die Regierungskoalition einzubeziehen.

Die Politik der PD ist am ehesten als national-liberal zu bezeichnen, da der Präsident eine unternehmensfreundliche Politik verfolgt und die Wirtschaft dereguliert hat. Die PD hat zudem ihr Interesse an einer Mitgliedschaft im Council of Asian Liberal and

Democrats (CALD) bekundet, hat aber noch keinen offiziellen Status inne.

Partai Demokrasi Indonesia Perjuangan (PDI-P)

Demokr. Partei Indonesiens Kampf

Die PDI-P entstand 1996 durch Abspaltung von der Partai Demokrasi Indonesia (PDI) – der Partei des Staatsgründers Sukarno, die unter dem Suharto-Regime als eine von drei Parteien weiter zugelassenen war. Grund für das Auseinanderbrechen der PDI war, dass Megawati Sukarnoputri – die Tochter Sukarnos und spätere Präsidentin – aufgrund interner Machtkämpfe aus der Partei gedrängt worden war. In der Folge gelang es *Ibu Mega* jedoch, mit Hilfe einer großen Zahl von PDI-Mitgliedern eine neue Partei zu gründen, deren Vorsitzende sie seither ist.

Bei den Parlamentswahlen 2004 erzielte die PDI-P aufgrund von parteiinterner Korruption und unpopulären Maßnahmen wie drastischen Benzinpreiserhöhungen nach 33,7% bei den ersten freien Wahlen 1999 nur noch 18,5% der Stimmen. Auch bei der im gleichen Jahr stattfindenden Präsidentschaftswahl verlor *Ibu Mega* im zweiten Wahlgang mit nur 39% der Stimmen gegen ihren Herausforderer Susilo Bambang Yudhoyono und musste das Präsidentenamt abgeben, das sie seit 2002 innehatte.

Die Anhänger der PDI-P stammen mehrheitlich aus den Teilen der javanischen Bevölkerung, die eher säkular orientiert sind und sich stärker auf ihre javanische Identität und die *Pancasila* als Doktrin des indonesischen Staates berufen, als auf islamische Vorstellungen. Außerhalb Javas findet sie Unterstützung durch moderate Muslime und Angehörige anderer Religionen, zum Beispiel durch die Hindus auf der Insel Bali. Die PDI-P bildet derzeit noch zusammen mit der moderat-islamischen PKB den Kern der Opposition im Parlament, nachdem Präsident Yudhoyono neben islamischen Parteien auch die Golkar hinter sich bringen konnte. Die politische Ausrichtung der PDI-P ist zum einen nationalistisch und trägt zum anderen sozialdemokratische Züge. Etwas erstaunli-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

INDONESIEN

BRITTA GUTSCHMIDT

Mai 2009

www.kas.de

www.kas.de/indonesien

cher mutet daher der Observer-Status der PDI-P im CALD an.

Partai Golongan Karya (GOLKAR)

Partei der funktionellen Gruppen

Golkar wurde am 20. Oktober 1964 unter dem Namen Sekber Golkar (Sekretariat Bersama Golongan Karya – Gemeinsames Büro der funktionellen Gruppen) auf Initiative des Militärs als Dachverband verschiedener Interessengruppen gegründet, um den zunehmenden Einfluss der kommunistischen Partei Indonesiens zurückzudrängen. Der eigentliche Wandel zur politischen Partei erfolgte jedoch erst Anfang der 70er Jahre auf Betreiben des Diktators Suharto (1966-98), der eine politische Plattform zur Festigung und äußeren Legitimierung seiner Macht benötigte. Als staatstragende Partei ohne ernsthaft zugelassene Konkurrenz erzielte Golkar in der Ära Suharto regelmäßig Wahlergebnisse von 62 bis 74%.

Seit Suhartos Sturz 1998 ist Golkar bemüht, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen und ihre bis zu diesen Wahlen unangefochtene Rolle als wichtigste politische Kraft in der indonesischen Demokratie auszufüllen. Die Fähigkeit und Bereitschaft der Partei zu grundlegenden internen Reformen nimmt dabei ständig zu, junge Reformkräfte beginnen sich mehr und mehr durchzusetzen. Zugleich versucht Golkar, sich programmatisch als politische Kraft der Mitte zu etablieren. Nach außen hin hat Golkar diese politische Positionierung zu Beginn des Jahres 2008 in Form der Aufnahme in den Kreis der *Centrist Democrat International* (CDI) Asien-Pazifik demonstriert. Golkar bemüht sich nun auch um die Vollmitgliedschaft im weltweiten Dachverband CDI.

Partai Keadilan Sejahtera (PKS)

Partei für Gerechtigkeit und Wohlstand

Die PKS gründete sich mit dem Beginn der *Reformasi* 1998 aus der islamischen Bewegung *Tarbiah* heraus, die sich konzeptionell auf den ägyptischen Reformen und Gründer der Muslimbruderschaft beruft, Hasan Al-Banna (1906-1949). Sie strebt den Aufbau einer starken islamischen Gesellschaft von unten nach oben an, um diese so vor externen Einflüssen zu bewahren.

Die PKS definiert sich vorrangig durch einen „moderaten Islamismus“ – was schon einen Widerspruch in sich darstellt. Ziel der PKS ist es einerseits, sich sowohl durch eine schlanke und effiziente Organisationsstruktur als auch durch eine korruptionsfreie Politikgestaltung von den anderen Parteien abzuheben – was ihr mit einigen Abstrichen auch durchaus gelingt. Auf der anderen Seite verfolgt sie das programmatische Ziel, mittelfristig die „Islamische Republik Indonesien“ zu etablieren. Dabei sind sich die Strategen in der PKS durchaus der Tatsache bewusst, dass der politische Islam bisher nie auf eine mehrheitliche Unterstützung in der indonesischen Bevölkerung bauen konnte. Im Gegensatz zu den säkularen Parteien, die mit religiös motivierten populistischen Maßnahmen die islamischen Wählerschichten an sich binden wollen, gibt sich die PKS daher neuerdings weltlich-moderater, um auch für moderate Kräfte wählbar zu sein.

Partai Amanat Nasional (PAN)

Partei des nationalen Mandats

Die PAN wurde als politischer Arm der zweitgrößten islamischen Organisation Indonesiens, der Muhammadiyah, gegründet. Obwohl sie sich als offene Partei definiert und auch Nicht-Muslime aufnimmt, wird sie mehrheitlich von Mitgliedern der Muhammadiyah dominiert, die einen unverfälschten, den ursprünglichen Werten und Traditionen verpflichteten Islam propagiert. Damit ist auch die Tendenz in der PAN hin zu einem weniger pluralistischen Islam erklärbar, weshalb die wenigen moderaten Muslime und Christen die Partei bereits 2001 wieder verlassen haben. Der frühere Vorsitzende der PAN, Amien Rais, versuchte trotzdem, seine Partei als eine nicht auf den Islam beschränkte politische Kraft zu etablieren, da er erkannt hatte, dass die PAN sonst nicht zu Koalitionen mit nationalistischen Parteien fähig wäre. Im Wahlkampf 2004 stellte er sich und damit die PAN hinter Susilo Bambang Yudhoyono (SBY).

Partai Persatuan Pembangunan (PPP)

Partei für den vereinten Aufschwung

Die PPP besteht aus einem starken moderat-islamischen und aus einem ebenso star-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

INDONESIEN

BRITTA GUTSCHMIDT

Mai 2009

www.kas.de

www.kas.de/indonesien

ken islamistischen Flügel. Unter dem Suharto-Regime fungierte sie neben den Golkar und der PDI als Blockpartei für muslimisch orientierte Wähler. Ihren Anfang nahm sie 1973 als Zwangszusammenschluss mehrerer muslimischer Parteien unterschiedlicher Prägung (NU, PSII, Perti, Parmusi) und hatte deshalb stets Schwierigkeiten, zu einer einheitlichen Linie und Programmatik zu finden. In ideologischer Hinsicht hatte die PPP - im Gegensatz zu Golkar und PDI - zumindest die Religion als gemeinsame Grundlage und konnte sich auf diese Weise zumindest ihr spezifisches Profil bewahren. Während die PDI in der Reform-Ära nach dem Ausscheiden der Megawati-Fraktion in der Bedeutungslosigkeit verschwand, konnte sich die PPP der neuen Parteienlandschaft etablieren. Bis heute spielen sich in der PPP jedoch tiefgreifende programmatische Auseinandersetzungen ab. 2002 spaltete sich beispielsweise ein Teil der PPP unter dem Prediger Zainuddin MZ ab und gründete die *Partei Bintang Reformasi* (Stern Reform Partei). Bei den Wahlen 2004 musste die Partei Verluste hinnehmen, wurde aber dennoch drittstärkste Kraft hinter Golkar und PDI-P.

Partai Kebangkitan Bangsa (PKB)

Partei der nationalen Erweckung

Die PKB gründete sich im Jahre 1998 als politische Organisation der größten Muslimbewegung Indonesiens, der *Nahdatul Ulama* (NU). Die NU versteht sich als Trägerin des moderaten Islams indonesischer Prägung und ist mit etwa 40 Millionen Mitgliedern zugleich die größte islamische Organisation der Welt. Unter dem späteren Staatspräsidenten Abdurrahman Wahid („Gus Dur“), der die NU ab den frühen 80er Jahren leitete, entwickelte die Organisation eine eher tolerantes und pluralistisches Profil und lehnt seither die Einführung der *Schari'a* in Indonesien ab.

Obwohl die PKB größtenteils aus Muslimen besteht, besetzen auch einige Christen führende Positionen. Die PKB wird dabei nicht zwangsläufig durch alle Mitglieder der NU unterstützt. Die viel kritisierte Amtsführung Gus Durs als Staatspräsident (1999-2002) haben der PKB bei den Wahlen 2004 ein eher bescheidenes Ergebnis eingebracht. Die PKB ist nach der PDI-P im derzeit noch

amtierenden Parlament die zweitgrößte Oppositionspartei. Ebenso wie die PDI-P ist sie Observer im Council of Asian Liberal and Democrats (CALD).

Partai Gerakan Indonesia Raya (Gerindra)

Partei Bewegung Groß-Indonesien

Die im Februar 2008 auf Initiative von Prabowo Subianto, einem ehemaligen General aus der Suharto-Ära, gegründete Gerindra gehört zu den nationalistischen Parteien. Im Wahlkampf ist Gerindra vor allem durch eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik aufgefallen. So warb Prabowo Subianto mit dem Versprechen von Subventionen für Dünger und andere Dinge des täglichen Bedarfs sowie einer Anti-Privatisierungspolitik vor allem um die „kleinen Leute“, die sich durch die liberale Wirtschaftspolitik der Regierung von SBY benachteiligt fühlen.

Partai Hati Nurani Rakyat (Hanura)

Partei des Volksgewissens

Hanura wurde im Dezember 2006 von prominenten Militärs und Politikern unter der Führung des ehemaligen Generals und Golkar-Funktionärs Wiranto gegründet. Hanura wirbt ebenso wie Gerindra – wenn auch weniger erfolgreich – um die Stimmen von nationalistisch orientierten Wählern, die von den etablierten Parteien enttäuscht sind. Wiranto betonte im Wahlkampf vor allem die Notwendigkeit der territorialen Einheit und wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Republik Indonesien. Eine wesentlich über diese Grundaussagen hinausgehende Programmatik ist jedoch nicht zu erkennen.

(Gekürzte und editierte Fassung eines Berichts von Winfried Weck vom Dez. 2008)

¹ Die Pancasila – Sanskrit für „fünf Prinzipien“ – setzt sich aus den Elementen Glaube an einen allmächtigen Gott, Humanität, nationale Einheit, konsensuale Demokratie und soziale Gerechtigkeit zusammen.